

Reden oder ignorieren?

Warum Gesprächsverweigerung eine Haltung, aber keine Strategie ist

Volker Perthes und Nicole Renvert

Die Frage, ob und unter welchen Umständen man mit problematischen politischen Akteuren sprechen darf, sorgt immer wieder für intensive Diskussionen. Besonders kontrovers ist die Debatte über die Zulässigkeit von Gesprächen mit radikalen Islamisten. Ein generelles Gesprächstabu würde allenfalls Sinn machen, wenn man alle Islamisten zu Terroristen erklären und behaupten würde, alle Organisationen, die Gewalt als Mittel der Politik nutzen, hätten keinerlei verhandelbare Ziele und könnten sich niemals ändern. Dies hieße aber auch, die mittlerweile unbestrittene Relevanz politisch-islamischer Bewegungen zu ignorieren.

Fakt ist, dass Regierungen westlicher wie mittelöstlicher Staaten immer schon mit Islamisten verhandelt haben und dies wohl auch weiter tun werden. Verhandeln die USA, Russland, China sowie die EU-3 nicht mit Teheran? Haben die USA nicht mit der Taliban-Regierung über den Bau von Pipelines geredet; die algerische Regierung nicht mit der FIS verhandelt, um den Bürgerkrieg zu beenden; deutsche Beamte nicht den Austausch von Gefangenen und Gefallenen zwischen Israel und Hizbullah vermittelt? Vertreter der israelischen Regierung besprechen Alltagsprobleme oder politische Themen wie den Austausch von Gefangenen, die Zugänge zum Gazastreifen oder die Perspektive einer längerfristigen Waffenruhe mit Vertretern der von der Hamas gestellten de-facto Regierung in Gaza. In all diesen Fällen gibt es etwas zu verhandeln. Niemand dagegen käme auf die Idee, mit al-Qa'ida in Verhandlungen einzutreten. Worüber auch? Al-Qa'ida und ihresgleichen sehen sich in einem globalen Jihad, einem von Zeit und Raum weitgehend unabhängigen existentiellen Krieg zwischen ihnen als den selbsternannten »Soldaten des Islam« und den anderen, den »Kreuzrittern und Juden« und ihren Helfern.

Gerade wenn die internationale Staatengemeinschaft den Kampf gegen den globalen Terrorismus erfolgreich führen will, muss sie zwischen Jihadisten vom Schlage al-Qa'idas und anderen Islamisten trennen. Wer dies nicht tut, riskiert dem falschen Argument Vorschub zu geben, dass es sich bei diesem Kampf letztlich doch um einen westlichen Kreuzzug gegen »den Islam« handle.

Barak Obama hat in seine Rede an der Universität Kairo 2009 gerade dies als schweren Fehler angeprangert. Dabei hat er den Dialog, den er an klare Bedingungen knüpft, als ein wichtiges diplomatisches Mittel herausgestellt, der den Weg zu einem friedlichen Miteinander eröffnen kann. Sollten etwa Bewegungen wie Hamas der Gewalt abschwören, ihre Verantwortung in Regierung und Verwaltung zeigen, Abkommen sowie das Existenzrecht Israels anerkennen, wären die USA, so Obama, für einen Dialog und Verhandlungen offen.

Europäische Regierungen tun sich schwer, ob sie mit diesen Akteuren in einen Dialog treten und sie damit als legitime Spieler anerkennen sollen. So ist die Entwicklung der EU-Terrorliste von 2008 eine höchst umstrittene Maßnahme. Zahlreiche Organisationen klagten und klagen dagegen vor dem Europäischen Gerichtshof. Einige wurden wieder von dieser Liste genommen, anderen ist dieses nicht gelungen oder sie waren, wie im Falle verschiedener Geschäftsmänner, denen keine Beteiligung an der Unterstützung terroristischer Aktivitäten nachgewiesen werden konnte, wirtschaftlich ruiniert. Das Problem selber wird durch eine solche Maßnahme nicht wirklich gelöst, sondern nur auf eine andere Ebene verlagert. Es verlangt nach klarer Positionierung oder eben einer Konditionierung, wann ein Dialog möglich ist.

So könnten die europäischen Staaten und die EU erklären, dass sie keine

politischen Dialoge mit Akteuren – was immer deren ideologisches Label ist – führen werden, die politisch motivierte Gewalt gegen Zivilisten (vulgo: Terror) ausüben oder gar »heiligen«, und dass sie auch den Dialog mit Gruppen ablehnen, die sich bemühen, demokratisch gewählte Regierungen zu stürzen oder Friedensprozesse gewaltsam zum Scheitern zu bringen. Umgekehrt ließe sich mitteilen, dass die Bereitschaft zur Aufnahme eines Dialogs umso größer sein wird, je deutlicher und glaubhafter das Bekenntnis der anderen Seite zu Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit ausfällt. Verhandlungen im Krieg, also etwa zwischen Vertretern der NATO und der Taliban, sind ohnehin ein anderes Thema: Sie können der Kriegsbeendigung, einer Waffenruhe oder dazu dienen, Chancen für eine politischere Form der Konfliktbearbeitung auszuloten.

Gesprächsbereitschaft kann auch Stärke demonstrieren, indem Meinungsvielfalt zugelassen wird und man sich mit denen auseinandersetzt, deren Einstellungen und Argumente man zwar nicht teilt, aber trotzdem zur Kenntnis nehmen sollte. Letztlich dienen Gespräche immer dazu, herauszufinden, was andere denken und was verhandelbar ist.

Wer »darf« also mit Blick auf Verhandlungen, Gespräche oder Kontakte mit Islamisten was? Europäische Regierungen können ihre eigene Dialogbereitschaft an Bedingungen knüpfen. Sie sollten sich aber hüten, etwa der ägyptischen Regierung ausreden zu wollen, Verhandlungen über die Reintegration ehemals gewaltbereiter Islamisten zu führen. Oder einer palästinensischen Regierung zu sagen, sie »dürfe« oder solle nicht mit Hamas verhandeln. Gelegentlich können Europäer solche Gespräche sogar unterstützen oder moderieren. Wenn die Palästinensische Autorität versucht, Hamas einzubinden und zu parlamentarisieren, sollten Europäer das sogar fördern. Auch Israel wird möglicherweise eines Tages mit Hamas verhandeln, wahrscheinlich eher über einen langfristigen Waffenstillstand als über Frieden. Warum nicht? Vielleicht kann ein Abkommen zwischen den Islamis-

ten und einer israelischen Regierung so lange halten, bis friedensfähigere Generationen herangewachsen sind.

Volker Perthes ist Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. Bis 2005 war er Leiter der Forschungsgruppe »Naher Osten und Afrika« und lehrt seit 2006 als außerplanmäßiger Professor an der Humboldt-Universität und Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin.

Nicole Renvert ist Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und forscht zur Rolle transnationaler Akteure als Stipendiatin der Gerda-Henkel-Stiftung an der NRW School of Governance, Universität Essen-Duisburg.

Zwei Briefe an die Evangelische Akademie zur Tagung »Partner für den Frieden. Mit Hamas und Fatah reden«, am 11.–13.6.2010

Die Evangelische Akademie Bad Boll hat anlässlich der Tagungsankündigung, zu der ein Vertreter der Hamas eingeladen wurde, eine Flut von Briefen, Mails und Telefonaten erhalten. Zwei Stimmen veröffentlichen wir hier:

Lieber Herr Budzinski, den Brief der Deutsch-Israelischen Gesellschaft an Präses Schneider habe ich gelesen und ich möchte Sie sehr ermutigen, sich in der Planung und Durchführung der Tagung nicht beirren zu lassen. Ich stimme voll dem Statement des Mitveranstalters Pax Christi überein. Als ehemaliger Mitarbeiter der Boller Akademie (von 1963–1970 in der Industriejugendabteilung) kann ich nur sagen, dass Sie die Pflicht haben, die Tagung durchzuführen, um den dringend nötigen Dialog zu führen. Ich beschäftige mich intensiv mit dem Problem Israel-Palästina und damit dem Nahost-Konflikt. Gerade habe ich Felicia Langers Buch »Um Hoffnung kämpfen« gelesen, sowie die äußerst aufschlussreiche Veröffentlichung »Hitler besiegen« des ebenfalls zur Tagung eingeladenen ehemaligen Präsidenten der Knesset, Avraham Burg. In wachsendem Maße sieht sich Israel wegen seiner Politik kritischen Stimmen im

eigenen Land und im Ausland ausgesetzt. Um diesen Stimmen entgegenzuwirken, wurden Propagandeelemente wie »I like Israel« (ILI), »Politically Incorrect« (PI) und »Honestly Concerned« (HC) geschaffen und aus verschiedenen Quellen z. B. von AIPAC, der amerikanischen Pro-Israel-Lobby, unterstützt. Diese Bemühungen gleichen den Infiltrationsversuchen des südafrikanischen Geheimdienstes BOSS während der Apartheidszeit in Deutschland (zumal südafrikanische Besucher der Westbank die dortige Situation mit ihrer Bantustanzeit vergleichen). Ich bitte Sie deshalb dringend, bei Ihrem Entschluss zu bleiben, zumal es offensichtliche Anzeichen gibt, dass der Gersterbrief auch in den eigenen DIG – Reihen umstritten ist, weil auch er schon mit Hamas Leuten gesprochen haben soll.

Ihr Gerhard Dilschneider

Sehr geehrter Herr Beck, mit äußerstem Befremden hat der deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-jüdische Zusammenarbeit von der geplanten Tagung in Zusammenarbeit mit Pax Christi »Partner für den Frieden in Nahost« Kenntnis genommen. So notwendig Schritte zu einem Frieden in Nahost sind, darf dabei nie das Existenzrecht des Staates Israel angezweifelt werden. Damit ist auch die von Ihnen gestellte Frage beantwortet: »Warum wird die Hamas vom Westen isoliert?« Solange die Hamas nicht offiziell und endgültig das Existenzrecht des Staates Israel anerkennt, kann sie weder für Israel noch für kirchliche und politische Vertreter ein seriöser Gesprächspartner sein. Man kann über endgültige Grenzen und Siedlungen diskutieren, aber nicht über die Existenz des Staates Israel selbst. Durch die Tagung wie die für Juni angekündigte wird allerdings Hamas als ernst zu nehmender Verhandlungspartner aufgewertet. Dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit verwahren. Es ist bedauerlich, dass ausgerechnet kirchliche Kreise dieser Problematik unsensibel begegnen und »Friede, Friede« rufen, »wo kein Friede ist« und sein kann. Die Tagung dient daher auch

nicht der Information und Sensibilisierung von Gemeindegliedern für die Problematik, sondern der Verschleierung der wahren Sachverhalte und damit nicht dem Frieden, sondern dem Unfrieden im Nahen Osten.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Henry G. Brandt, Jüd. Präsident,

Ricklef Münnich, Evang. Präsident,

Dr. Eva Schulz-Jander, Kath. Präsidentin

Anmerkung der Redaktion:

Medienberichte aus verschiedenen Zeitungen sind nachzulesen:

www.ev-akademie-boll.de/no_cache/aktuell/medien-echo/

Impressum

SYM

Magazin der Evangelischen Akademie Bad Boll

7. Jahrgang 2010, Heft 2/2010

ISSN: 1613-3714

Herausgeber:

Evangelische Akademie Bad Boll (Joachim L. Beck)

Verantwortlich im Sinne des

Presserechts: Martina Waiblinger

Redaktion und Gestaltung:

Martina Waiblinger

Fotos/Bilder:

Christa Engelhardt: S. 5; Jonathan Führer: S. 7; Haus der Geschichte Baden-Württemberg: S. 12; Caroline Krebietke: Rückseite; Hans-Peter Maerker: S. 9; Günter Pohl: S. 5; privat: S. 2, 13; SEZ: S. 15; Martina Waiblinger: S. 4, 8, 11, 20, 22; Uwe Walter: S. 3, 4; SWP: S. 23; Ullstein Bild – SIPA: S. 14

SYM erscheint vierteljährlich.

Bezugspreis: 3,00 €

Jahresabonnement: 10,00 €

Anschrift des Herausgebers:

Evangelische Akademie Bad Boll
Akademieweg 11, 73087 Bad Boll
Tel. 07164 79-0

E-Mail: info@ev-akademie-boll.de

Redaktion: martina.waiblinger@ev-akademie-boll.de

Tel. 07164 79-302

www.ev-akademie-boll.de

Das Papier wurde chlorfrei und säurefrei gebleicht.

Druckerei: Mediendesign Späth GmbH, 73102 Birenbach